Nr. 17

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

22. Januar 2010 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Autoindustrie: Die Krise gibt's (nur) für die Arbeiter!

Ob VW, Opel oder Ford: Zahlreiche deutsche und auch andere europäische Autohersteller verzeichneten für das Jahr 2009 Rekordabsätze: Insgesamt 3,8 Millionen Autos verkauften die Hersteller in Deutschland. So viele Autos wurden seit 1992 nicht mehr verkauft!

Ihre Verkäufe konnten die Hersteller vor allem durch die enorme Unterstützung des Staates mächtig ankurbeln. Schon die Abwrackprämie war in erster Linie eine Unterstützung für die Unternehmer.

Wäre es der Regierung um uns gegangen, darum, dass wir etwas mehr Geld hätten, dann hätte sie zum Beispiel die Mehrwertsteuer gesenkt oder die Steuern auf Benzin.

Aber der Regierung ging es einzig und allein darum, der Autoindustrie mehr Käufer zu bescheren – also hat sie ihnen 5 Milliarden Euro Abwrackprämie geschenkt.

Dazu kommen noch die Geschenke aus den Rettungspaketen und die ausgeweitete Kurzarbeit, die ebenfalls aus öffentlichen Geldern bezahlt wurden.

In den Reihen der hunderttausenden Arbeiter der Autoindustrie profitiert jedoch niemand von diesen neuen Verkaufsrekorden. Im Gegenteil: Die Autokonzerne haben die Krise ausgenutzt, um massiv Stellen abzubauen, um zehntausende Leiharbeiter zu entlassen, Verträge nicht zu verlängern, Azubis nicht zu übernehmen.



Quelle: www.bochum.de

Entlassungen, aber Samstagsschichten und mehr Stress: So sieht die Krise für die Arbeiter aus.

Ganz zu schweigen von den zehntausenden Entlassungen, die es in der Zulieferindustrie gegeben hat. Die Übriggebliebenen müssen mit viel weniger Leuten noch deutlich mehr Autoteile und Autos produzieren.

So haben die Autokonzerne und die Zulieferer die Krise genutzt, um die Produktivität weiter zu erhöhen, das heißt die Arbeiter noch mehr auszupressen – und das für weniger Lohn. Denn die Arbeiter mussten obendrein Lohnverluste verkraften.

Und kaum fängt das Jahr 2010 an, geht das Geschrei der Unternehmer von vorne los, genau wie vor einem Jahr. Schon kündigen sie die nächsten Absatzprobleme an.

Martin Winterkorn, der Chef von VW, die gerade 32% mehr Autos verkauft haben, stellt sich hin und sagt: „Die Lage ist dramatisch." Klar, er muss ja schließlich die nächsten Geschenke vom Staat erhalten und die nächsten Entlassungen und Verschlechterungen bei den Arbeitern rechtfertigen.

Eines hat das Jahr 2009 gezeigt: Die Arbeitenden sitzen mit den Kapitalisten nicht in einem Boot. Sie versuchen, sich auf unsere Kosten zu retten. Und auch wir können uns nur retten, wenn wir die Kapitalisten zwingen, einen Teil der Gewinne und des Reichtums einzusetzen, um Arbeitsplätze und Löhne zu sichern.

Kaffeekränzchen

Erst wurde bekannt, dass Tchibo, Melitta und Dallmayr seit 2003 ihre Kaffeepreise abgesprochen und so künstlich nach oben getrieben haben, wodurch sie mindestens 4,8 Milliarden Euro mehr von Käufern im Laden abgepresst haben. Und jetzt wird bekannt, dass auch Rewe, Edeka, Lidl, Plus und andere ihre Preiserhöhungen für Kaffee und Süßigkeiten seit Jahren untereinander abgestimmt haben.

Das steckt also hinter der so viel von Politik und Unternehmen gerühmten „Konkurrenz". Es regieren einige wenige große Konzerne – und das nicht nur in der Lebensmittelbranche. Und die sprechen sich einfach auf unsere Kosten ab... bei Kaffee und Kuchen.

Gefräßiger Dax

Der DAX, Börsenwert der 30 größten deutschen Konzerne, hat zum Jahreswechsel wieder einen Rekord erreicht: Er kletterte auf über 6000 Punkte. So stark sind also die Aktien der deutschen Konzerne seit einigen Monaten wieder gestiegen.

Im gleichen Zeitraum haben dieselben 30 Großkonzerne 116.000 feste Arbeitsplätze vernichtet – von den Leiharbeitern und Befristeten ganz zu schweigen.

Die beiden Zahlen gehören auf düstere Weise zusammen: Sie stürzen ihre Arbeitenden in die Arbeitslosigkeit, nur damit es für ihre Aktienkurse einen Aufschwung gibt!

Leiharbeit – ein (Sch)leckerbissen für die Konzerne

Von Schlecker wurden sie entlassen und von der Leiharbeitsfirma von Schlecker wieder eingestellt – zum halben Lohn. Hinter diesem empörenden Fall stehen hunderttausende Arbeitende, die ein ähnliches Schicksal teilen.

Ob VW, die Telekom, BASF, TUI oder die Arbeiterwohlfahrt: Queerbeet durch alle Branchen haben große Firmen in den letzten Jahren eigene Leiharbeitsfirmen gegründet.

Nebeneinander arbeiten sie am Fließband, die Arbeiter von VW und die der VW-Leiharbeitsfirma „Wolfsburg AG", doch die bekommen über ein Drittel weniger Lohn. Denn mit eigenen Leiharbeitsfirmen können die Konzerne ganz einfach die Tarifverträge ihrer Branche umgehen und den Beschäftigten deutlich schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen aufzwingen.

Auch Staatsbetriebe und Öffentlicher Dienst machen dabei seit langem mit: Eigene Leiharbeitsfirmen gibt es bei der Deutschen Bahn oder auch am Klinikum in Essen, wo die Beschäftigten der „Personalservicegesellschaft" zum Teil so wenig verdienen, dass sie trotz Vollzeitstelle ergänzend HartzIV erhalten.

Ganz zu schweigen von all den festen Arbeitsplätzen, die in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst vernichtet wurden und heute mit befristeten, schlecht bezahlten Leiharbeitern der großen Zeitarbeitsfirmen wie Manpower, Randstad oder Adecco besetzt werden.

Die Politik hilft mit

Bis 2004 gab es noch einige gesetzliche Schranken für die Leiharbeit: Zum Beispiel war es Betrieben nicht erlaubt, einen Leiharbeiter rauszuschmeißen und kurz darauf wieder einzustellen. Und Leiharbeitsfirmen durften nicht befristet, sondern nur unbefristet einstellen. Doch 2004 hat die damalige rot-grüne Regierung quasi alle einschränkenden Gesetze aufgehoben – unter dem Beifall der CDU und der Unternehmer natürlich.

Seitdem ist die Leiharbeit explodiert. Bis 2008 ist die Zahl der Leiharbeiter auf 800.000 angewachsen. In der Industrie machen sie bereits 10-12 Prozent der Gesamtbelegschaft aus.

Für die Betroffenen bedeutet dies nicht nur weniger Geld und schlechtere Bedingungen, sondern auch ständige Unsicherheit und die Angst, morgen auf der Straße zu stehen. Und das alles drückt automatisch auch auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Festeingestellten.

Protest von VW-Leiharbeitern gegen ihre Entlassung

Was für eine Waffe gegen die Arbeitenden die Leiharbeit ist, ist so richtig deutlich geworden seit Beginn der Wirtschaftskrise. Innerhalb eines halben Jahres, vom Herbst 2008 bis Mai 2009, haben die Unternehmen 300.000 Leiharbeiter auf die Straße geschmissen – ohne Kündigungsfristen, ohne Abfindungen, ohne dass ihnen ein Wort in der Presse gewidmet wurde: Es waren ja keine „Entlassungen". Sie verloren von heute auf morgen ihre Arbeit, ihr Einkommen, aber es waren ja „nur" Leiharbeiter

Die Unternehmen wollen billig und einfach von heute auf morgen Menschen ihren Lebensunterhalt rauben können. Und sie wollen, dass wir das als nicht so schlimm, als fast „normal" empfinden und nicht als Entlassungen.
Genauso, wie wir denken sollen, es gäbe keine Entlassungen, weil ja „nur" die Azubis nicht übernommen werden. Oder „nur" beim Zulieferer oder bei der Fremdfirma die Arbeitsplätze wegfallen.

Eine Waffe gegen alle Arbeitenden

Die Zeitarbeit gehört wie die Befristungen und die Auslagerungen an Fremdfirmen zu dem Waffenarsenal, dass sich die Betriebe in den letzten Jahren aufgebaut haben, um die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Und ob Leiharbeiter, Befristete oder Arbeiter von Fremdfirmen, denen man von heute auf morgen ihre Arbeit und ihren Lohn raubt und die man aufs Arbeitsamt schickt – ja, auch das sind Entlassungen und nichts anderes. Und sie sind alles andere als normal.

Doch genau das ist der Traum der Konzerne, dass dies normal wird. Sie möchten am liebsten, dass ALLE Arbeitenden nur noch befristete und unsichere Arbeitsplätze haben, in denen sie uns von heute auf morgen Heuern und Feuern können.

Das einzige hingegen, was für die Arbeitenden normal und billig wäre, wäre alle Stellen wieder in unbefristete Arbeitsplätze umzuwandeln, Massenentlassungen zu verbieten und die Gewinne der Unternehmen dafür heranzuziehen, bei Produktionsschwankungen und in der Krise die Arbeit unter Allen (!) aufzuteilen.

Aus den Augen, aus dem Sinn

Seit 2005 wurden im Ruhrgebiet 22.000 neue „Firmen“ gegründet. Fast alle sind 1-Mann-Betriebe, die zum Beispiel „haushaltsnahe Dienstleistungen“ anbieten. Mehr neue Firmen... weil mehr Menschen arbeitslos sind? Ja, in der Tat: Denn für viele wird die eigene „Firma“ der letzte Strohhalm, mit dem sie sich vor der Langzeitarbeitslosigkeit zu retten versuchen.

Schon der Begriff „Firma“ ist bewusst irreführend. In Wahrheit handelt es sich um Arbeiter, die versuchen, von ihrer Arbeit zu leben... nur ohne Arbeitsvertrag. Doch nur die Hälfte dieser 1-Mann-„Firmen“ überlebt die ersten 3 Jahre, und nur ein Drittel die ersten 5. Zwei Drittel der Betroffenen stehen danach wieder vor der Arbeitslosigkeit, und im schlimmsten Fall noch dazu vor einem Berg an Schulden. Für das Arbeitsamt aber zählt nur eins: Dass sie erst einmal für ein paar Jahre aus der Statistik verschwunden sind.

Schulen in Essen: Nicht nur Schüler fehlen

Verdreifacht hat sich in den letzten drei Jahren die Zahl der Eltern in Essen, die Strafe zahlen sollen, weil ihre Kinder die Schule schwänzen – und zwar bis zu 1000 Euro. Die Politik hat entschieden, Eltern konsequent dafür zu bestrafen, dass ihre Kinder der Schule fernbleiben.
Die Eltern, die morgens meist selber zur Arbeit müssen, sollen also überwachen, ob ihre 14jährigen Kinder auch wirklich in die Schule gehen? Sie vielleicht an der Hand zur Schule bringen? Und aufpassen, dass sie nach der ersten Pause nicht wieder verschwinden?

Die Politiker machen es sich schön einfach: Sie sparen seit Jahren an den Schulen, streichen Lehrerstellen, Sozialarbeiter, Förderung, Betreuung... und tragen damit dazu bei, dass gerade im Essener Norden und Nordosten Schüler aus der Schule verschwinden. Und dann bestrafen sie noch die einzelnen Eltern dafür!

Eine kranke Idee

Es verhieß schon nichts Gutes, dass ausgerechnet der junge, aufstrebende Arzt der FDP Philip Rösler Gesundheitsminister geworden ist. Und der hat nun den Chef seiner „Grundsatzabteilung“ ernannt, die wesentlich die angekündigte Gesundheits“reform“ mit ausarbeiten soll: Es handelt sich um Christian Weber, Vize-Direktor der Privaten Krankenversicherung und offener Gegner der gesetzlichen Krankenversicherung.

Nach dessem Wunsch gäbe es nur noch private Versicherungen, in die die Arbeitgeber gar nichts einzahlen müssten, sondern nur die Arbeiter, und zwar eine „Kopfpauschale“ unabhängig von ihrem Einkommen. Eine Arbeiterin mit 1000 Euro brutto müsste dann genauso viel Beitrag zahlen wie ein Rechtsanwalt oder ein Multimillionär. Sprich – sein Traum ist ein Gesundheitssystem, wie es heute in den USA existiert!

Das gibt eine Idee, in welche Richtung die neue Gesundheits“reform“ gehen soll... wenn wir ihnen diese kranken Pläne nicht austreiben.

Schmutziges Grün

Für eine Reihe Produkte, die im Namen des Umweltschutzes jetzt so in Mode sind, wie Windräder oder Elektroautos, werden Metalle der Gruppe der sogenannten „Seltenen Erden“ verwendet. Diese Metalle werden derzeit fast ausschließlich in China abgebaut, in Bergwerken, die wie kaum ein anderer Abbau die Umwelt verwüsten. Die Metalle werden mit Säuren ausgewaschen, die anschließend in die Bäche und Flüsse gelangen, wo sie Reisplantagen und Fischzucht zerstören und die Kläranlagen verschmutzen. Wo diese Metalle einmal abgebaut wurden, wächst kein Reis mehr.

Doch dass die chinesische Bevölkerung unter schlimmsten Formen der Umweltverschmutzung leidet, damit Westeuropa Windräder und Elektroautos bekommt, ist für die Moralapostel des Umweltschutzes hier anscheinend ziemlich egal.

Essener Jobcenter: unmögliche Wartezeiten

Wer vor einem Jahr in der Krise arbeitslos geworden ist, muss in Essen teilweise 1-2 Monate lang von Lebensmittelgutscheinen leben. Der Grund: Nach einem Jahr ist man „Langzeitarbeitsloser“ und rutscht sofort in HartzIV. Das Essener Jobcenter jedoch braucht bis zu zwei Monaten, um die Anträge auf HartzIV zu bearbeiten. So lange bekommen die Betroffenen kein Geld.

Schuld daran ist die Zunahme an neuen Langzeitarbeitslosen durch die Wirtschaftskrise und zu wenig Personal, das sich darum kümmert. Eingestellt werden im Jobcenter nämlich nur Arbeitsvermittler, die die Entlassenen in Jobs vermitteln sollen, die es gar nicht gibt.
Mit dem Ergebnis, dass die Opfer der Krise nach gerade einem Jahr Arbeitslosigkeit ihre Konten überziehen und im schlimmsten Fall von Lebensmittelgutscheinen leben müssen, bis man ihnen wenigstens HartzIV gewährt.

Frauen(häuser) in Not

Für viele Frauen, die von ihren Ehemänner misshandelt werden, ist das Frauenhaus oft die einzige Zufluchtsstätte. Doch 147 Frauen musste das Frauenhaus in Essen im letzen Jahr abweisen, weil kein Platz für sie da war. Landesweit erging es über 5.000 Frauen so.

Das sind die menschlichen Dramen, die hinter den nackten Zahlen der Sparpläne der Kommunen stehen: Frauen und Kinder, die vor Gewalttätigkeiten fliehen wollen, stehen auf der Straße... oder müssen zu ihren Gewalttätern zurück.

Haiti: Das Elend ist nicht nur eine Naturkatastrophe

Niemand weiß bislang, wie viele Menschenleben das Erdbeben gekostet hat, das Haiti zum Teil verwüstete. Wohl weit über hunderttausend, dazu Millionen Obdachlose… und es ist noch nicht vorbei. Denn die sofortigen wie auch die langfristigen Folgen eines solches Erdbebens sind unendlich zerstörerischer und tragischer in einem Land, in dem die Bevölkerung schon vorher in tiefster Not lebte. Schon vor dem Erdbeben mussten viele arme Menschen in Haiti Schlamm essen, um das Hungergefühl zu betäuben.

Diese finstere Armut auf Haiti ist das Ergebnis jahrhundertelanger imperialistischer Ausplünderung: Im 18. und 19. Jahrhundert war die reiche Insel Haiti französische Kolonie. Durch Sklavenhandel und unbeschreibliche Ausbeutung auf den Zuckerrohrplantagen wurde das französische Bürgertum immer reicher, während Haiti immer ärmer wurde.
Und am Ende verlangte Frankreich von Haiti noch eine gigantische Summe, um sich als Kolonie „freizukaufen“ – Schulden, die Haiti für Jahrzehnte niederdrückten.

An die Stelle Frankreichs ist im 20. Jahrhundert die USA getreten. Dessen Kapitalisten haben sich die fruchtbaren Landstücke unter den Nagel gerissen und beuten die Bevölkerung der Städte als billige Arbeitskräfte aus.


Quelle: www.bild.de

Die Bevölkerung organisiert sich, um gemeinsam nach verschütteten Nachbarn zu suchen.

Die Großmächte, die Haiti seit Jahrhunderten ausgeraubt und arm gemacht haben, treten jetzt als große Samariter nach dem Erdbeben auf. Doch den USA geht es wohl mehr darum zu verhindern, dass Massen an Haitianern vor dem Horror und Elend in die nahe gelegene USA zu flüchten versuchen, wie dies nach den letzten Hurrikanes geschah, wo die Flüchtlinge auf ihren wackeligen kleinen Booten vor der amerikanischen Küste unerbittlich zurückgeschickt wurden.

Auch wollen die USA das Risiko ausschalten, dass vor ihrer Haustür durch die katastrophalen Folgen des Erdbebens soziale Explosionen entstehen könnten.

Und zuletzt geht es ihnen auch darum, Werbung für ihre „guten Taten“ zu machen. Dabei: Was sind die 100 Millionen Dollar, die die USA jetzt einmalig für Haiti freigeben, angesichts der 377 Millionen Dollar, die der Kriegseinsatz in Afghanistan und dem Irak... jeden Tag (!) kostet.

Millionen Menschen dagegen haben spontan und uneigennützig den Erdbebenopfern Geld gespendet. Diese selbstverständliche und leise Solidarität kann die Bevölkerung in ihrer tragischen Lage wirklich gebrauchen.

Ein Ende jedoch wird das Leiden der Bevölkerung Haitis erst dann nehmen, wenn die Ausgebeuteten der Welt dem kapitalistischen System ein Ende setzen und an seiner Stelle eine andere Gesellschaft errichten werden: eine Gesellschaft, die sich die Mittel gibt, den Folgen solcher Naturkatastrophen anständig zu begegnen, statt gigantische Mittel zum Bau und Einsatz von Kriegsmaschinen zu verschwenden.

Jemen: Der nächste Krieg der USA?

Erst kürzlich hat die Bevölkerung der USA und der Welt erfahren, dass die USA längst dabei sind, in einem weiteren Land eine Spirale der Gewalt und des Krieges in die Höhe zu schrauben: im Jemen.
Denn, wie die New York Times schreibt, „inmitten von zwei großen unbeendeten Kriegen haben die USA in aller Stille eine dritte, weitgehend verdeckte Front gegen El Kaida im Jemen eröffnet“.

Am 17. und 24. Dezember haben die US-Armee zwei Gebiete im Jemen bombardiert. Natürlich mit der Begründung, die dortige Regierung gegen El-Kaida-Rebellen zu unterstützen. Wie so oft jedoch wurde vor allem die Zivilbevölkerung Opfer dieser willkürlichen Bombenangriffe. Und Obama hat bereits erklärt, den US-Einsatz im Jemen weiter zu verstärken.

Wie wird die einfache Bevölkerung im Jemen, diesem ohnehin armen und von militärischen Kämpfen zerrütteten Land, diesen verstärkten Krieg der USA erleben? Wie viel neues Leid wird sie ertragen müssen, und wie viel Wut wird entstehen? Nach Afghanistan, dem Irak und Pakistan droht der Jemen das nächste Land zu werden, in dem der Krieg der USA das Elend, die Gewalt und auch den Nährboden für islamistische Aufständische noch vergrößert.

Nach Aussagen hoher Militärs zu urteilen, hoffen die USA anscheinend, im Jemen einen raschen Sieg und damit wenigstens einen militärischen Erfolg zu erringen. Stattdessen laufen sie Gefahr, immer weiter im Morast eines hoffnungslosen und sich ausbreitenden Krieges zu versinken, aus dem weder die US-Armee, noch die Bevölkerungen der Region wieder herauskommen.

Wollen Sie uns erreichen?
DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485